



MEDIEN / FAKTEN

Mexiko - Gegen das Schweigen

(Mexiko-Stadt, 05. August 2017, npl) - Spähangriffe, Morde, Drohungen - Mexikos Journalist*innen leben gefährlich. Auf die Regierung verlassen sie sich jedoch nicht. Sie wollen ihren eigenen Schutz organisieren ... (Seite 4)

IMPRESSUM

Elektronische Zeitung Schattenblick

Diensteanbieter:
MA-Verlag Helmut Barthel, e.K.
Verantwortlicher Ansprechpartner:
Helmut Barthel, Dorfstraße 41,
25795 Stelle-Wittenwuth
Elektronische Postadresse:
ma-verlag@gmx.de
Telefonnummer: 04837/90 26 98
Registergericht:
Amtsgericht Pinneberg / HRA 1221 ME
Journalistisch-redaktionelle Verantwortung
(V.i.S.d.P.):
Helmut Barthel, Dorfstraße 41,
25795 Stelle-Wittenwuth
Inhaltlich Verantwortlicher gemäß § 10
Absatz 3 MDStV:
Helmut Barthel, Dorfstraße 41,
25795 Stelle-Wittenwuth
ISSN 2190-6963

Urheberschutz und Nutzung: Der Urheber räumt Ihnen ganz konkret das Nutzungsrecht ein, sich eine private Kopie für persönliche Zwecke anzufertigen. Nicht berechtigt sind Sie dagegen, die Materialien zu verändern und / oder weiter zu geben oder gar selbst zu veröffentlichen. Nachdruck und Wiedergabe, auch auszugsweise, nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlages. Wenn nicht ausdrücklich anders vermerkt, liegen die Urheberrechte für Bild und Text bei: Helmut Barthel

Haftung: Die Inhalte dieses Newsletters wurden sorgfältig geprüft und nach bestem Wissen erstellt. Bei der Wiedergabe und Verarbeitung der publizierten Informationen können jedoch Fehler nie mit hundertprozentiger Sicherheit ausgeschlossen werden.

US-Bodentruppen steigen beim Krieg im Jemen ein

"Antiterrorkampf"

gegen Al Kaida dient dem Pentagon als Vorwand

(SB) 7. August 2017 - Spätestens seit dem Bombenanschlag auf den Lenkwaffenzerstörer Cole im Hafen von Aden im Jahre 1998 - damals kamen 17 amerikanische Matrosen ums Leben; weitere 39 wurden verletzt - befinden sich die USA und Al Kaida im Jemen im Krieg miteinander. Beteiligte der Cole-Operation sollen auch in die weltbewegenden Flugzeuganschläge auf das New Yorker World Trade Center und das Pentagon in Arlington am 11. September 2001 verwickelt gewesen sein. Der erste tödliche CIA-Drohnenangriff im "Global War on Terror" (GWOt) erfolgte im November 2002 im Jemen und galt Abu Ali. Bei der Explosion der Hellfire-Rakete starben der Vertrauensmann Osama Bin Ladens sowie fünf weitere Personen, die mit ihm per Auto im jemenitischen Gouvernement Marib unterwegs waren.

Seitdem steht der Jemen und die dort aktive Al Kaida auf der Arabischen Halbinsel (Al Qaeda in the Arabian Peninsula - AQAP) im Mittelpunkt des CIA-Drohnenkriegs. Trotz der erklärten Feindschaft zwischen USA und Al Kaida bleibt die Lage für Außenstehende unübersichtlich. Das berühmteste Opfer der CIA-

Drohnenangriffe ist bislang Anwar Al Awlaki. Das Leben des US-Bürgers jemenitischer Abstammung wurde 2011 im jemenitischen Gouvernement Al Dschauf ausgelöscht, weil sich dieser mit dschihadistischen Botschaften bei YouTube als "Radikalprediger" hervorgetan hatte. Seltsamerweise war derselbe Awlaki, der als Washingtoner Imam die Anschläge vom 11. September verurteilt hatte, 2002 noch vom FBI und Pentagon als Vertreter eines "gemäßigten" Islams hochgehalten worden, mit dem die US-Behörden zusammenarbeiten könnten.

Seit 2002 führen die USA, unabhängig davon, ob der Präsident George W. Bush, Barack Obama oder Donald Trump heißt, im Jemen quasi ununterbrochen Drohnenangriffe gegen mutmaßliche AQAP-Mitglieder oder - Verstecke. Für die Warnungen von Menschenrechtsorganisationen, daß solche Aktionen die einfachen Jemeniten geradezu in die Arme von Al Kaida treiben, zeigen sich Weißes Haus, Pentagon und Langley bislang völlig unempänglich. Die Gegenangriffe von AQAP, wie der gescheiterte Bombenanschlag auf eine Passagiermaschine bei der Landung in

Detroit im Dezember 2009 und der blutige Überfall auf die Redaktionsräume der Satirezeitschrift Charlie Hebdo im Januar 2015 in Paris, haben die USA in ihren Bemühungen, AQAP auszuraubern, bestärkt.

Seltsam ist daher die Untätigkeit, mit der CIA und Pentagon ein Jahr lang über die Herrschaft von AQAP in der jemenitischen Hafenstadt Al Mukalla hinweggesehen haben. Nach dem Auftakt der Militäroffensive einer sunnitischen Staatenallianz unter der Führung von Saudi-Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE) im März 2015, um den von den schiitischen Huthi-Rebellen gestürzten Interimspräsidenten Abd Rabbu Mansur Hadi wieder zur Macht zu verhelfen, hatte AQAP das Chaos genutzt, um Al Mukalla zu übernehmen, die dortige Dependence der jemenitischen Zentralbank auszurauben und größere Mengen Waffen aus einer staatlichen Kaserne zu erbeuten.

Mit Duldung der Saudis und der VAE hat AQAP in Al Mukalla eine eigene Verwaltung installiert und rund ein Jahr lang sogar bei jedem Frachtschiff, das dort anlegte oder vor Anker ging, Hafengebühren eingetrieben. Von der Seeblockade, welche die Koalitionäre mit Hilfe der US-Marine verhängten, um die Huthis in die Knie zu zwingen, blieb Al Mukalla während dieser Zeit ausgespart. Erst im Mai 2016 fand der Spuk ein Ende, als VAE-Truppen mit Hilfe von US-Spezialstreitkräften die Hauptstadt des Gouvernements Hadramaut "zurückerobereten".

Während die saudischen Medien von 800 getöteten "Terroristen" berichteten, hieß es aus Al Mukalla selbst, die Machtübergabe sei ohne Blutvergießen abgelaufen, die Dschihadisten hätten vor der Ankunft der Soldaten die Stadt freiwillig verlassen. Immer wieder wird zudem der Vorwurf erhoben, die saudischen Truppen im Jemen griffen im Kampf gegen die Huthis auf die Hilfe von AQAP oder Al-Kaida-nahen sunnitischen Milizen zurück.

Seit über einem Jahr herrscht im Jemenkrieg militärisch eine Pattsituation. Die Huthis und die mit ihnen verbündeten Teile der jemenitischen Streitkräfte, die dem Klan des Ex-Präsidenten Ali Abdullah Saleh ergeben sind, herrschen im Norden und Westen, die Saudis, Emirater, Hadi-Anhänger sowie südliche Separatisten im Süden und Osten. Der Konflikt hat mindestens 15.000 Menschen das Leben gekostet - die meisten von ihnen Zivilisten, welche den Luftangriffen der Saudis und der Emirater zum Opfer gefallen sind. Zwei Millionen Menschen sind zu Binnenflüchtlingen geworden. Die Hälfte der Bevölkerung von 26 Millionen Menschen leidet an Unterernährung. Rund eine halbe Million Menschen sind an der Cholera - eine Folge völkerrechtlich illegaler Luftangriffe auf die zivile Infrastruktur - erkrankt. Vergeblich versuchen die sunnitischen Koalitionäre die Hafenstadt Hudeida am Roten Meer, über die die Bevölkerung in dem von den Huthis kontrollierten Nordwesten mit Lebensmitteln und Medikamenten noch versorgt wird, zu erobern.

Interessant deshalb die Nachricht, wonach seit dem 2. August rund 2000 jemenitische Kämpfer, bei denen es sich hauptsächlich um eine Mischung aus bezahlten Söldnern und südlichen Separatisten zu handeln scheint, mit Hilfe von Militärberatern und Spezialstreitkräften aus den VAE und den USA gegen AQAP auf dem Vormarsch sind. Ziel der Bodenooffensive soll es sein, Al Kaida aus ihrer Hochburg im Gouvernement Schabwa zu vertreiben. Schabwa liegt östlich von Hadramaut sozusagen in der geographischen Mitte des Jemens. Der Verdacht liegt nah, daß die USA und die VAE die geschätzten 3000 Al-Kaida-Kämpfer dort in westliche Richtung treiben wollen, damit sie sich in Kämpfe mit den Huthis verwickeln und somit Riad, Abu Dhabi und Washington einen Teil der Drecksarbeit abnehmen. Hinzu kommen wirtschaftliche Interessen. In Nordosten Schabwas liegen wichtige Öl- und Gasfelder. Verlässliche Angaben über Tote und Verletzte infolge der Offensive lagen zuletzt nicht vor.

<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/redakt/nhst1544.html>

*Liste der neuesten und tagesaktuellen Nachrichten ...
Kommentare ... Interviews ...
Reportagen ... Textbeiträge ...
Dokumente ...
Tips und Veranstaltungen ...
<http://www.schattenblick.de/infopool/infopool.html>*

POLITIK / AUSLAND / LATEINAMERIKA

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen

Brasilien

Eiszeit - 10.000 Soldaten und Sicherheitskräfte sollen Rio de Janeiro sicherer machen

(Montevideo, 29. Juli 2017, *la diaria-poonal*) - Präsident Michel Temer hat 8.500 Soldaten sowie 1.500 weitere Sicherheitskräfte nach Rio de Janeiro beordern lassen, um die Sicherheit in diesem Bundesstaat zu erhöhen. Seit dem 28. Juli gibt es zudem Kontrollposten an den Zugangsstraßen zur Stadt Rio de Janeiro und auf wichtigen Verkehrsadern. Das entsprechende Dekret zu dieser Maßnahme trägt die Unterschriften von Justizminister Torquato Jardim, Verteidigungsminister Raul Jungmann und des Generalsekretärs des Rats für Institutionelle Sicherheit, Marco Antônio Freire Gomes. Diese drei werden dann, Kraft ihres Amtes, gemeinsam mit der Regierung von Rio de Janeiro auch das Agieren der Armee bestimmen.

Einsatz kann bis 2018 verlängert werden

Grundsätzlich wird im Dekret festgelegt, dass die Armee bis Ende dieses Jahres in Rio bleiben wird, doch laut Jungmann sei eine Verlängerung des Einsatzes bis 2018 denkbar: "Diese Operation dient dem Kampf gegen die organisierte Kriminalität", so der Minister, der weiter ausführte, dass sie damit "an die gesamte Befehlskette des organisierten Verbrechens" gelangen würden, wobei Jungmann auch hinzufügte, "wenn man Truppen in den Stra-

ßen stationiert, dämmt dies die Kriminalität ein und führt zu einem Gefühl von mehr Sicherheit".

Die ersten kritischen Reaktionen auf dieses Vorgehen bezogen sich auf die Aufstockung der Sicherheitskräfte in einem Bundesstaat, in dem just deren Verhalten ein Problem darstellt: Die Zahl der Morde in Rio hat zwischen dem ersten Quartal des Jahres 2016 und dem ersten Quartal des Jahres 2017 um 26 Prozent zugenommen - die Zahl der Tötungen im Rahmen von Polizeioperationen stieg in diesem Zeitraum allerdings um 85 Prozent an, wie aus Daten des Instituts für Öffentliche Sicherheit hervorgeht.

Verteidigungsminister: Zahl der getöteten Polizisten soll verringert werden

Die Sicherheitslage im Bundesstaat hat sich in den letzten Jahren stetig verschlechtert. Dies ist zum Teil einem unzureichenden Budget [1] geschuldet, was dazu führte, dass sicherheitspolitische Maßnahmen gestoppt wurden, zu denen auch der Einsatz der "Befriedungspolizei" [2] in Favelas gehörte, die - neben einem weniger repressiven Vorgehen gegen die Bewohner*innen dieser Viertel [3] - auch die Zerschlagung der dort ansässigen kriminellen Organisationen [4] vorantrieb.

Die Gewalt hat nach Angaben des Bildungsministeriums ein so hohes Niveau erreicht, dass ein Viertel der Schulen in der Stadt Rio de Janeiro an mindestens einem Tag im Jahr den Unterricht suspendieren mussten.

Dennoch machte Jungmann in seiner Erklärung deutlich, dass die Regierung an einer Reduzierung der Zahl getöteter Polizisten arbeite. Zugleich unterstrich er, man gehe davon aus, dass die kriminellen Organisationen in irgendeiner Form reagieren werden. Der Verteidigungsminister gab zu, dass die Militäroperationen zu einer größeren Zahl versehentlich getöteter Personen während der Einsätze der Sicherheitskräfte führen könnten.

Anmerkungen:

- [1] <https://www.npla.de/poonal/nacholympia-rio-ist-pleite-die-stimmung-schlecht-und-die-gewalt-zurueck/>
- [2] <https://www.npla.de/poonal/schiesereien-statt-befriedung/>
- [3] <https://www.npla.de/poonal/folter-mit-todesfolge-polizeiskandal-stellt-sicherheitskonzept-in-rio-de-janeiro-in-frage/>
- [4] <https://amerika21.de/analyse/102583/die-befriedung-rio-de-janeiros>

URL des Artikels:
<https://www.npla.de/poonal/eiszeit-10-000-soldaten-und-sicherheitskraefte-sollen-rio-de-janeiro-sicherer-machen/>

Der Text ist lizenziert unter Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international.

<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>

*

Quelle:

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen
Herausgeber: Nachrichtenpool Lateinamerika e.V.
Köpenicker Straße 187/188,
10997 Berlin
Telefon: 030/789 913 61
E-Mail: poonal@npla.de
Internet: <http://www.npla.de>

<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/ausland/pala1698.html>

MEDIEN / FAKTEN

*poonal - Pressedienst
lateinamerikanischer
Nachrichtenagenturen*

Mexiko Gegen das Schweigen

*von Wolf-Dieter Vogel,
Mexiko-Stadt*

(*Mexiko-Stadt, 05. August 2017, npl*) - Spähangriffe, Morde, Drohungen - Mexikos Journalist*innen leben gefährlich. Auf die Regierung verlassen sie sich jedoch nicht. Sie wollen ihren eigenen Schutz organisieren.

Fünf Tage die Woche, jeden Morgen ab 8 Uhr informiert Carmen Aristegui über die neuesten Ergebnisse: über Korruptionsaffä-

ren, Bandenkriege und Fußballergebnisse. Immer wieder enttarnt die mexikanische Journalistin kriminelle Machenschaften von Politiker*innen oder Übergriffe brutaler Polizist*innen. Doch am 20. Juni dieses Jahres berichtet sie von einem Angriff, von dem sie auch selbst betroffen ist: Behördenmitarbeiter*innen haben systematisch Journalist*innen, Oppositionelle und Menschenrechtsverteidiger*innen ausspioniert. Sie installierten auf Handys das Trojaner-Programm Pegasus, um Passwörter abzugreifen, Bewegungsmodelle zu erstellen oder Nachrichten und Mails zu lesen. Auch Aristeguí geriet ins Visier der Späher*innen.

Nur Militär, Generalstaatsanwaltschaft und Geheimdienst verfügten über Pegasus-Programm

"Es kann kein Zufall sein, dass die Regierung gerade in ihren schwierigsten Zeiten so reagiert. In Zeiten, in denen man Erklärungen zu Massenmorden, Hinrichtungen und Korruptionsfällen erwartet hätte, eben zu all dem, was Journalisten und Menschenrechtsverteidiger konsequent recherchiert haben", erklärt die Journalistin auf einer Pressekonferenz. Während sich die Regierung schwer tue, die nötigen institutionellen Antworten auf diese Gewalt zu finden, seien Pressvertreter*innen und Aktivistinnen mit einer Spionageaktion konfrontiert. Schon lange ist die investigative Journalistin als scharfe Kritikerin der Regierung bekannt. Ihr Team veröffentlichte eine Korruptionsaffäre, in die Präsident Enrique Peña Nieto verstrickt war.

Wer genau hinter dem Spähangriff steckt, ist unklar. Außer Frage steht jedoch, wer über das Pegasus-Programm ausschließlich verfügte: das Militär, die Generalstaatsanwaltschaft und der Geheimdienst. Also Institutionen, die immer wieder blockieren, wenn es um die Aufklärung von Verbrechen geht, für die Polizist*innen, Soldat*innen und andere staatliche Kräfte verantwortlich sind.

Besonders alarmiert zeigten sich Medienschaffende, als die Abhörmaßnahmen Mitte Juni bekannt wurden. Denn die Enthüllungen folgten auf eine Serie von Angriffen auf Journalist*innen [1]. Sieben waren gerade im Bundesstaat Guerrero überfallen worden, acht wurden in der ersten Hälfte dieses Jahres ermordet. So auch der Redakteur Javier Valdez. Unbekannte erschossen ihn nahe den Redaktionsräumen seiner Zeitung Rio Doce im Bundesstaat Sinaloa.

Präsident verspricht mehr Schutz

Der Mord an dem renommierten und für seine Recherchen im Mafia-Milieu bekannten Valdez brachte das Fass zum Überlaufen. Im ganzen Land gingen Medienschaffende auf die Straße. Vor dem Bundesinnenministerium in Mexiko-Stadt forderten sie die Aufklärung des Verbrechens. Sie verwiesen auf die vielen anderen getöteten Kolleg*innen: auf Mirosława [2], Cecilio Pineda Brito, Ricarda Monlui, Filiberto Alvarez. Auch 186 internationale Korrespondent*innen solidarisierten sich in einer gemeinsamen Erklärung. Angesichts der massiven Proteste reagierte selbst die Re-

gierung. "Es handelt sich hier um Angriffe auf die Pressefreiheit. Sie sind absolut nicht hinnehmbar", erklärte Innenminister Miguel Angel Osorio Chong.

Präsident Peña Nieto versprach indes mehr Schutz. So solle die 2012 gegründete Sonderstaatsanwaltschaft für Verbrechen gegen die Pressefreiheit gestärkt werden. Doch viele Medienschaffende trauen der Regierung nicht. Allein in Peña Nietos vierjähriger Amtszeit wurden 35 Kolleg*innen hingerichtet. Seit dem Jahr 2000 sind laut Reporter ohne Grenzen mindestens 126 Pressearbeiter*innen gewaltsam ums Leben gekommen, etwa 30 gelten als verschwunden. Viele mussten sterben, weil sie im Dunstkreis von Banden der organisierten Kriminalität, korrupten lokalen Politiker*innen und Sicherheitskräften recherchierten.

Straflosigkeit liegt bei 99 Prozent

Auch deshalb hat kaum ein Politiker Interesse an Journalist*innen, die solche Strukturen aufdecken oder über gewalttätige Sicherheitskräfte informieren. Die meisten Angriffe werden nicht verfolgt. "Jeder nicht aufgeklärte Mord öffnet die Tür für den nächsten", kritisiert Daniela Pastrana vom Journalisten-Netzwerk "Periodistas de a Pie". Die Straflosigkeit liege bei 99 Prozent. Nur drei Fälle seien gelöst worden, seit die Sonderstaatsanwaltschaft bestehe, so die Journalistin. Bei keinem handele es sich um schwerwiegende Angriffe. "Wir haben es hier mit einem strukturellen Problem zu tun, mit einem Versagen des Justizsystems. Dazu gehört

auch, dass die Behörde nicht die nötigen Mittel besitzt", bekräftigt Pastrana.

Sie sieht die Verantwortung aber auch bei den Verlagshäusern: "Die Medienunternehmen bringen uns in eine sehr verletzliche Situation. Wir sollen unter extrem hohem Risiko berichten und sind nicht einmal krank-, geschweige denn lebensversichert." Ein Sicherheitskonzept gebe es auch nicht, kritisiert sie. "Wenn man dir deine Ausrüstung klaut [3], wie es den Kollegen in Guerrero passiert ist, tragen die Medienhäuser keine Verantwortung, obwohl sie dich dorthin geschickt haben." Doch es gehe nicht nur um prekäre Arbeitsbedingungen und wenig Lohn, sondern auch um Zensur, bekräftigt sie. Geschäftliche Vereinbarungen mit einigen Gouverneur*innen würden verhindern, dass Medien bestimmte Informationen verbreiten. "Das alles sind Formen der Gewalt, sie sind das erste Glied der Kette", sagt Pastrana.

Angriffe gegen Journalist*innen werden nicht als gesamtgesellschaftliche Bedrohung gesehen

Mehr Sicherheit, bessere Arbeitsbedingungen und mehr Klarheit darüber, wie Regierungen Einfluss auf Medienunternehmen ausüben - unter anderem diese Themen standen Ende Juni auf der Tagesordnung einer Konferenz von Pressearbeiter*innen in Mexiko-Stadt. Unter dem Eindruck der zahlreichen Angriffe diskutierten etwa 300 Journalist*innen drei Tage lang in der Hauptstadt. "Wir wollen herausfinden, wie wir uns zusammenschließen können. Und was

wir tun müssen, um mit der Gesellschaft im Allgemeinen und konkret zum Beispiel mit Menschenrechtsverteidiger*innen zusammenzukommen", erklärt die Reporterin Marcela Turati. Schließlich treffe die Gewalt mittlerweile alle. "Wir als Journalisten haben in dieser Situation eine sehr wichtige Aufgabe: Wir müssen dem Schweigen entgegenreten."

Immer wieder betonen die Pressevertreter*innen die große Bedeutung ihrer Arbeit. Wer soll über das Morden an Oppositionellen berichten, wenn nicht sie? Wer soll die korrupten Geschäfte aufdecken? Und wer soll dafür sorgen, dass die Angehörigen von Verschwundenen zu Wort kommen? Der Fotograf Felix Márquez ist jedoch skeptisch, dass seine Landsleute das so sehen: "Der mexikanischen Gesellschaft ist nicht bewusst, dass sich Angriffe gegen Journalisten gegen die gesamte Gesellschaft richten, gegen das universelle Recht auf Information. Solange das nicht wirklich wahrgenommen wird, kann man uns weiterhin ermorden und nichts wird passieren."

"Als Journalist zu arbeiten, heißt ja, etwas gegen diese Situation zu unternehmen."

Márquez ist aus Veracruz zu dem Kongress in Mexiko-Stadt angereist, also aus einem Bundesstaat, in dem besonders viele Medienschaffende [4] der Gewalt zum Opfer fielen. Achtzehn seiner Kolleg*innen wurden in der sechsjährigen Amtszeit des Gouverneurs Javier Duarte de Ochoa zwischen 2010 und 2016 ermordet, drei sind verschwunden.

Meist steckte die Mafia hinter den Angriffen. Doch vieles spricht dafür, dass Duarte mit den Kriminellen kooperierte. Derzeit sitzt er vor Gericht, weil er im großen Stil Geld hinterzogen haben soll. Pressearbeiter*innen fordern, dass auch die Morde juristisch verfolgt werden.

So mancher mexikanische Journalist ist angesichts der gewaltsamen Verhältnisse ausgestiegen und hat sich andere Arbeit gesucht. Auch an Felix Márquez gehen die Gewalttaten nicht spurlos vorbei. Er selbst sei zwar nicht bedroht worden, sagt er. "Trotzdem sind immer wieder Dinge passiert, die mich nachdenken lassen, bevor ich einen journalistischen Auftrag annehme. Zum Beispiel die Morde an Kollegen, die mir sehr nahe standen." Ans Aufhören denkt der junge Mann allerdings nicht: "Als Journalist zu arbeiten, heißt ja, etwas gegen diese Situation zu unternehmen. Wenn man schreibt oder fotografiert, dokumentiert man, was passiert." Und das kann helfen, das Schicksal der Stadt und des Bundesstaats zu wenden."

Zu diesem Artikel gibt es bei onda auch einen Audiobeitrag:
<https://www.npla.de/podcast/mexiko-journalisten-gegen-das-schweigen/>

Anmerkungen:

[1] <https://www.npla.de/poonal/morde-an-medienschaffenden-reissen-nicht-ab/>

[2] <https://www.npla.de/poonal/chihuahua-la-jornada-korrespondentin-mirolava-breach-vor-ihrem-haus-erschossen/>

[3] <https://www.npla.de/poonal/guerrero-kriminelle-ueberfallen-journalisten/>

[4] <https://www.npla.de/poonal/bedrohung-und-gewalt-alltag-fuer-aktivistinnen-in-veracruz/>

URL des Artikels:

<https://www.npla.de/poonal/gegen-das-schweigen/>

Der Text ist lizenziert unter Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international.

<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>

*

Quelle:

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen

Herausgeber:

Nachrichtenpool Lateinamerika e.V.
 Köpenicker Straße 187/188,
 10997 Berlin

Telefon: 030/789 913 61

E-Mail: poonal@npla.de

Internet: <http://www.npla.de>

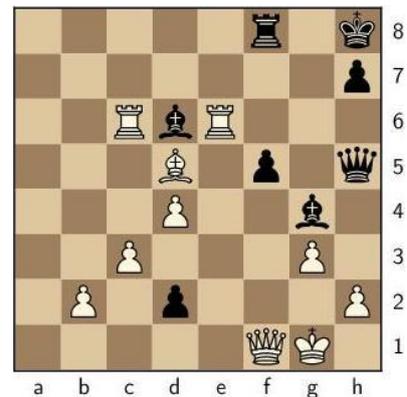
<http://www.schattenblick.de/infopool/medien/fakten/mfai0207.html>

SCHACH - SPHINX

Traue Archiven nicht

(SB) - Die erschlagende Übermacht der Theorievarianten kann heutzutage kein menschliches Gehirn mehr verarbeiten. Wie gut, daß es Archive gibt, mag so mancher denken und sich vertrauensvoll ihrer bedienen. Doch Vorsicht vor Blindgängern, und insbesondere bei Stellungen, die mit einem "klaren" Gewinn ausgewiesen werden. Schließlich sind auch Archive nur von grauen Zellen zusammengetragen worden, und wer weiß schon, wo die Früchte vom goldnen Baum des Lebens hängen. Im heutigen Rätsel der Sphinx hatte sich die Nürnberger Fernschachspie-

lerin Bickel blind auf die Beurteilung einer Stellung der Spanischen Partie aus dem Schach-Archiv verlassen, wo zu lesen stand, daß Schwarz nach 1.Tc6xd6? d2-d1D gewinnen müsse. Das mag wohl richtig sein, allein, ihre Kontrahentin, die mehrfache Deutsche Fernschachmeisterin aus Landshut, Rita Heigl, sah gar nicht ein, warum sie 1.Tc6xd6? spielen sollte, wenn es einen einfachen, von der Analyse seinerzeit jedoch unterschlagenen Gewinnweg gab. Frau Heigls Meinung über Fernschach in allen Ehren: "Es bietet allen Fernschachfreunden die Möglichkeit, ihr Hobby daheim auszuüben. Die Qualität der Partien ist im Fernschach meist viel besser als im Nahschach, da man im Nahschach, wenn man kein Genie ist, nicht soviel Varianten durchrechnen kann." Also, Wanderer, die vorliegende Variante hatte sie wesentlich genialer als das Schach-Archiv durchschaut!



Heigl - Bickel
 Fernpartie 1980

Auflösung letztes Sphinx-Rätsel:
 Mit der Wiener Partie läßt sich auch in unseren Tagen noch so manche fulminante Schlacht schlagen. Nach 8...h7-h6 kam der norwegische Fernschachmeister Wibe durch 9.Dh5-g6! Le7xg5 10.h4xg5 Dd8xg5 11.Dg6xg5 h6xg5 12.Sc3-d5 Sd6-f5 13.d2-d3 Sf5-d4 14.Lc1xg5 Sd4-e6 15.Sd5-f6+! g7xf6 16.Lg5xf6 Se6-g7 17.Ke1-d2 Tf8-e8 18.Th1-h6 zu einem hübschen Kurzsieg. Gegen die drohende Verdopplung der Türme auf der h-Linie nebst Matt auf h8 gab es kein Mittel.

BÜRGER UND GESELLSCHAFT / MEINUNGEN / FRAGEN

Internationale Presseagentur Pressenza - Büro Berlin

Junior Nzita, ehemaliger Kindersoldat: das Böse mit dem Guten besiegen

von Johanna Heuveling, 5. August 2017

Die Bremer Stiftung "die Schwelle" hat Junior Nzita zu einem der Preisträger des diesjährigen Internationalen Bremer Friedenspreises erklärt. Nzita ist ehemaliger Kindersoldat aus der Demokratischen Republik Kongo und heute ehrenamtlicher UN-Botschafter zum Thema Kindersoldaten. Vorgeschlagen wurde Junior Nzita vom Deutschen Zweig des Internationalen Versöhnungsbundes. Der Preis wird seit 2003 vergeben und ist mit 5000,- Euro dotiert.

Junior Nzita wurde im Alter von zwölf Jahren mit anderen Klassenkameraden aus seiner Schule entführt und von Rebellen gezwungen, als Kindersoldat an den Bürgerkriegen in seinem Land teilzunehmen. Durch diese Zeit ist er bis heute schwer traumatisiert und leidet nach wie vor an starken Schlafstörungen. "Trotz dieser unendlich leidvollen Erfahrungen schafft Junior es, die Kraft zu finden, selber Hoffnung zu spenden und so engagiert und couragiert für dieses Thema einzutreten", sagt Samya Korff aus dem Vorstand des Versöhnungsbundes. Im Rahmen eines UN-Programmes wurde Junior im Jahr 2006 demobilisiert. 2010 hat er in Kinshasa, der Hauptstadt der DR Kongo, die Organisation "Paix pour l'enfance" (Frieden für die Kindheit) gegründet, um Kinder, welche aufgrund kriegeri-

scher Auseinandersetzungen zu Waisen wurden, in neue Familien einzugliedern und ihnen durch Schulbesuch eine Zukunftschance zu bieten. Heute setzt er sich als ehrenamtlicher Botschafter der Vereinten Nationen für die weltweite Ächtung der Mobilisierung von Kindersoldaten ein. Aufgrund seiner Aktivitäten musste er 2015 sein Land verlassen und im Ausland Asyl beantragen.

Auf einer Vortragstour durch Deutschland war Junior Nzita in vielen Schulen und Kirchengemeinden zu Gast. "Es war faszinierend zu sehen, wie Junior mit jungen Menschen ins Gespräch kam und sie für die Auswirkungen von Waffenexporten und Kriegen sensibilisieren konnte", sagt Samya Korff. "Deshalb sind wir sehr froh über diese Auszeichnung."

Hier ein Interview, das Pressenza mit ihm geführt hat:

Pressenza: Was bedeutet dieser Preis für Sie?

Junior Nzita: Für mich bedeutet dieser Preis, dass die Botschaft gehört wird, die ich der Welt momentan überbringe, über die Gewaltverbrechen an den Kindern im Allgemeinen und ihrer Rekrutierung in die Armee und bewaffnete Gruppen im Besonde-

ren. Es ist eine große Ehre für mich und für die Partner, die mich unterstützen. Für die Art der Arbeit, die ich mache, bedeutet der Preis auch eine große Wertschätzung und er ermutigt mich, noch weiter zu gehen und es noch besser zu machen. Meine Kindheit wurde mir gestohlen und ich habe meine gesamte Jugend geopfert, um zu vermeiden, dass das, was mir passiert ist, auch anderen passiert und dass der Frieden sich durchsetzt.

P.: Sie wurden im Alter von 12 bis 22 Jahren gezwungen, Soldat zu sein. Was bleibt in Ihrer Seele aus dieser Zeit und wie konnten Sie sich versöhnen mit dem, was geschehen ist?

J.: Ich wurde entführt und im Alter von zwölf Jahren gezwungen, mich der Armee anzuschließen. Zehn Jahre durchlebte ich ein Martyrium und das, was mir im Inneren bleibt, sind die Traumata der schlimmen Misshandlungen, die ich erleiden musste. Man hat mich sehr früh aus den Händen meiner Lehrer und meiner Familie gerissen, um mir beizubringen die Gesellschaft zu zerstören. Mit zwölf Jahren lernte ich zu schießen, zu rauben und zu töten, Wasserbrunnen sowie Krankenhäuser, Schulen, die Natur ... zu zerstören. Um mich angesichts all dieser Misshandlungen zu versöhnen, hatte ich zwei Möglichkei-

ten. Die erste: Weiter als Opfer zu leben, was bedeutet hätte, mich mit Waffen zu rächen, den Drogen auszuliefern oder mich umzubringen, so wie es viele meiner ehemaligen Kameraden in der Armee getan haben. Die zweite Möglichkeit war trotz all dieser Taten, die ich mit den Waffen, die man uns gab, begangen hatte, mir selbst zu vergeben und zu verstehen, dass wir Kinder waren, die von Schlächtern (von Erwachsenen) gezwungen worden waren, und die Hoffnung auf eine bessere Zukunft zu behalten, in der man von einer Welt ohne Kindersoldaten sprechen würde.

Was in mein Herz eingebrannt wurde, ist die Lektion, die mich das Leben gelehrt hat, nämlich, dass der Mensch nicht mehr ist als ein Tier, wenn er es nicht schafft, seine ehrgeizigen Ziele zu erreichen. Wegen diesem Unvermögen kommt er an einen Punkt, an dem er den anderen nicht als ebenbürtig ansieht. Dann ist eine der Konsequenzen, dass er Kinder als Kanonenfutter missbraucht, um seine missglückten Ambitionen zu erreichen.

P.: Sie engagieren sich sehr dafür, dass andere Kinder nicht das gleiche Schicksal wie Sie erleiden. Was denken Sie können die Vereinten Nationen oder Deutschland, oder andere Akteure von außen tun, um den Missbrauch von Kindern als Soldaten zu verhindern? Und was wird vielleicht schon getan?

J.: Unsere Demobilisierung war nicht einfach. Die Einflußnahme der Vereinten Nationen, der Europäischen Union, der Zivilgesellschaft und der internationalen Gemeinschaft waren notwendig, da

mit die Regierung akzeptierte, uns zu demobilisieren, also uns aus der Armee herauszuholen. Deutschland war eines der Länder, die den Prozess der Demobilisierung und der Resozialisierung finanzierten. Aktuell haben die Vereinten Nationen einen Aktionsplan ins Leben gerufen, um den Missbrauch von Kindern als Soldaten zu beenden. Mehrere Länder haben diesen Plan unterschrieben, aber es gibt noch viel zu tun, da die Länder diesen Aktionsplan nicht nur unterschreiben, sondern auch die Abmachungen respektieren sollen. Das heißt, ein gutes diplomatisches, wirtschaftliches und soziales Klima zu schaffen und die Demokratie zu respektieren, um zu vermeiden, dass es einen Staatsstreich beziehungsweise eine Rebellion gibt. Die Vereinten Nationen und Deutschland müssen weiterhin den Aufbau und die Stärkung der Demokratie unterstützen. Sie müssen Mechanismen schaffen, die den Waffenverkauf in die Länder der Dritten Welt verhindern, in denen Kinder als Kanonenfutter für diese Waffen benutzt werden.

Sie können auch dazu beitragen, dass Kinder nicht weiter Opfer von Rekrutierungen werden, indem sie fortwährend Druck auf politische Entscheider, Industrieländer und auf Führungskräfte bestimmter multinationaler Unternehmen ausüben, die auf verschiedene Art und Weise an der Finanzierung von Kriegen beteiligt sind - Kriege unterschiedlicher Art, die den organisierten Raub von Bodenschätzen in den Entwicklungsländern ermöglichen. Insbesondere würde ich als Maßnahmen folgende Möglichkeiten nennen: Das Verbot des

Kaufes von Erzen aus Ländern, in denen Kriege stattfinden; Druck auf die politischen Entscheider und die Zivilgesellschaft ausüben, um ein Regierungssystem einzurichten, in welchem die Bevölkerung an wichtigen Entscheidungen sowie an der Verteilung ihrer natürlichen Ressourcen teilnimmt, um ihren Wohlstand zu ermöglichen; alle Autoritäten und Personen, die an der Rekrutierung von Kindern in bewaffneten Gruppen beteiligt sind, vor den Internationalen Strafgerichtshof zur juristischen Verantwortung bringen.

P.: Wie ist die aktuelle Situation in der Demokratischen Republik Kongo?

J.: Es gibt eine politische Krise und die Spannung wächst tagtäglich aus Respektlosigkeit für den Wahlkampf. In dieser Situation sind mehrere bewaffnete Gruppen entstanden. Leider sind es die Kinder und Frauen, die den Preis zahlen. Die Kinder werden entführt und die Frauen vergewaltigt.

Die heutige Situation in der Demokratischen Republik Kongo ist mit einem Menschen zu vergleichen, der dabei ist, sich ins Nichts zu stürzen ... Es ist wie ein Zug, der in eine Richtung fährt und auf einmal entscheiden jene, die die Verantwortung für die Instandhaltung der Gleise haben, diese auf dem Rest des Weges zu entfernen, während der Zug schon an Fahrt aufgenommen hat. Sie können sich die Folgen vorstellen ...!

P.: Woher nehmen Sie Ihre Kraft?

J.: Bis heute sehe ich den Junior mit zwölf Jahren, der entführt wurde. Denn es gibt immer noch

Kindersoldaten. Als ich noch Kindersoldat war, gab es einen Kameraden, der, bevor er starb, mich gebeten hatte, mich um sein Kind zu kümmern. Das alles gab mir die Kraft und den Mut, die Nichtregierungsorganisation "Paix pour l'enfance" aufzubauen, der heute 140 Kinder angehören, um sie zu bilden und zu beschützen. Meine Arbeit und die Unterstützung der Kinder ist eine Möglichkeit für mich, die Liebe dem zwölfjährigen Junior

zu zeigen und ihn vor den Kriegsdesastern, die er erlebt hat, zu beschützen.

Es ist die 'Diktatur' der Nächstenliebe, die mir befiehlt, das Böse mit dem Guten zu besiegen und nie müde zu werden, die Saat der Liebe in die Herzen meiner Mitmenschen, die das Schicksal auf meinen Weg geführt hat, zu werfen, damit sie die Früchte der Liebe in ihrem Inneren wahrnehmen und weitertragen.

Übersetzung des Interviews aus dem Französischen von Caroline Schenck

*

Quelle:

Internationale Presseagentur
Pressenza - Büro Berlin
Internet: www.pressenza.com/de

<http://www.schattenblick.de/infopool/buerger/meinung/bmfr0003.html>

BUCH / SACHBUCH / REZENSION

Kritik des Computers

Der Kapitalismus und die Digitalisierung des Sozialen

von Werner Seppmann

Werner Seppmann

Kritik des Computers

Der Kapitalismus und die Digitalisierung des Sozialen

*Mangroven Verlag, Kassel 2017
348 Seiten, 16,80 Euro
ISBN 978-3-94694-602-1*

(SB) - "Kritik des Computers" - in einer Zeit ausdifferenzierter Debatte und Kritik zur Allgegenwart informationstechnischer Systeme und zur Digitalisierung der Gesellschaft legt der Soziologe Werner Seppmann [1] mit dem Titel seines jüngsten Buches die Latte, die er zu überwinden gedenkt, zugleich hoch wie tief.

Hoch, weil Computer im Bewußtsein der Menschen, und sei es nur als numinose Apparatur einer futuristischen Gesellschaft, seit mehr als einem halben Jahrhundert präsent sind. Zudem wurden die prinzipiellen Grundlagen für das maschinelle Abarbeiten von in Algorithmen und Programmen komplex zusammengefaßten Rechenvorschriften bereits gelegt, als mit dem Menschen ein ange-

lich vernunftbegabtes Wesen die Bühne der Erdgeschichte betrat. Teilen und Zählen kann synonym gesetzt werden mit jeder Entwicklung, in der sich der Kontakt zwischen Menschen nicht nur über Berühren und Sprechen, sondern auch materielle Tausch- und Wechselverhältnisse vollzog. An "com-putare", so die lateinischen Herkunft des Wortes Computer, ist vor allem "putare" von Interesse, verweist es mit der Bedeutung "halten für" doch auf den Platzhalter, mit dem geschätzt und gerechnet werden kann. Der Vorgang des Rechnens mit Zahlen hebt die Dinge auf eine symbolische Ebene zwecks besserer Vergleich- und Verfügbarkeit. Ohne die Abstraktion des Zählens hätte es weder Fortschritte in der zivilisatorischen Entwicklung noch

der Ausübung herrschaftlicher Gewalt gegeben. Eine Kritik des Computers impliziert notwendigerweise menschliche Entwicklungsschritte von so fundamentaler Art, daß der bloße Blick auf das technische Artefakt und seine Infrastruktur schlimmstenfalls mehr verhüllt als freilegt.

Tief, weil der Anspruch, rund 40 Jahre nach der Konstruktion der ersten PCs, mit denen aus Großrechneranlagen Heimcomputer wurden, über 25 Jahre nach Etablierung der Datenkommunikation im World Wide Web, das einem breiteren Publikum Zugang zum Internet verschaffte, und zehn Jahre nach Verkauf des ersten iPhones [2], das die Rechner vom Schreibtisch in die Hosentasche umziehen ließ, den Compu-

ter im Grundsatz zu kritisieren bedeutet, es mit der dominanten, immer mehr Bereiche des menschlichen Lebens und Wirtschaftens durchdringenden Produktionsweise aufzunehmen. Hier vom Besonderen auf das Allgemeine zu schließen läuft denn auch Gefahr, der bloßen Verallgemeinerung bis hin zur pauschalisierenden Verabsolutierung wohlfeiler Gemeinplätze zum Opfer zu fallen.

Die Affirmation des Gegebenen stößt bei Seppmann allerdings ebenso auf Widerspruch wie die Faszination am vermeintlich Neuen mikroelektronischer Attraktionen, der auch linke Computerfreunde erliegen. Wo immer der Autor den kulturellen, in binärer Rechnerlogik wurzelnden Reduktionismus auf die Spitze nimmt, und das tut er insbesondere bei der Arbeit am Begriff in Publizistik, Bildung und Wissenschaft, erinnert er daran, daß es sich dabei nicht allein um ein Resultat technischer Innovation handelt, sondern intellektuelle Einschränkung und Geschichtsvergessenheit in den strukturellen Voraussetzungen kapitalistischer Vergesellschaftung begründet liegen.

Diese Verluste an sprachlicher wie inhaltlicher Bemächtigung mögen zu dem von Seppmann festgestellten Fehlen eines "fundierten Bildes des Zusammenhangs von Computer und Gesellschaft" beigetragen haben. Für dessen Entwurf seien "der Blickwinkel der Kritik der politischen Ökonomie und die Aktivierung des methodischen Instrumentariums einer kritischen Gesellschaftstheorie ebenso unverzichtbar, wie eine die sozialen Entwicklungen und ökonomischen Prozesse, die ideologischen Re-

produktionsmuster und zivilisatorischen Verwerfungserscheinungen gleichermaßen umfassende Funktionsanalyse des gegenwärtigen Kapitalismus" (S. 13).

Digitalisierung schützt vor Ausbeutung und Unterdrückung nicht

Auch wer das 2013 veröffentlichte Buch "Kapitalismuskritik und Sozialismuskonzeption. In welcher Gesellschaft leben wir?", auf das der marxistisch geschulte Sozialwissenschaftler und Philosoph anlässlich dieser Aufzählung kritischer relevanter topoi verweist, nicht gelesen hat, sollte mit dem vorliegenden Werk gut gerüstet sein, der Dialektik der gesellschaftlichen Wirklichkeit des Computers produktive Erkenntnisse abzugewinnen. "Der Kapitalismus und die Digitalisierung des Sozialen", so sein Untertitel, unterliegen wie alle gesellschaftlichen Prozesse Widerspruchskonstellationen, die Handhabe geben können, die jeder kritischen Analyse immanenten Gegenpositionen fruchtbar zu machen.

Insbesondere in der ersten Hälfte des Buches widmet sich der Autor kulturkritischen Anmerkungen zur Verwendung rechnergestützter Technik. Sie ist alles andere als neutral, wie die auch in linken Kreisen geübte Beschwichtigung glauben macht, nicht das Gerät als solches sei das Problem, sondern Art und Weise seiner Nutzung. Was schon an der Argumentation der National Rifle Association (NRA), die Schusswaffe werde erst in den Händen ihres jeweiligen Besitzers zum letzten Mittel der Selbstverteidigung oder zum verbrecherischen Mordwerkzeug, offenkundig

nicht stimmt, ist auch in Sachen Computertechnologie verfehlt. Seppmann schließt eine emanzipatorische Nutzung des Computers nicht prinzipiell aus, klärt aber ausführlich über die formalen und strukturellen Einschränkungen einer reduktionistischen Maschinenlogik auf, die quantitativen Auswertungen Vorrang vor qualitativen Analysen gibt.

Natürlich entscheiden bei aller programmtechnisch zugestandenen Autonomie nicht die Algorithmen über Leben und Tod, sondern diejenigen, die sie in die Welt gesetzt haben und über sie verfügen. So, wie die Gleichsetzung von menschlicher und künstlicher Intelligenz zur Verwechslung mathematisch-elektronischer Schaltprozesse mit humaner Entscheidungsfreiheit führt, so üben die Normen und Verhaltenspräferenzen sozialer Netzwerke einen Konformitätsdruck auf ihre Nutzerinnen und Nutzer aus, den diese durch ihre Bereitschaft, ihre sozialen Bedürfnisse auf Plattformen wie Facebook zu befriedigen, selbst aufbauen. Für Seppmann wurde der "digitale Konformismus" zur "Epochensignatur" (S. 14) vor allem deshalb, weil sich die Menschen freiwillig den Programmen einer "Fremdsteuerung" (S. 34) unterwerfen, die mit den Methoden informationstechnischer Selbstbeobachtung und -evaluation eine Eigendynamik annimmt, in der der fremdnützige Charakter damit vorangetriebener Optimierungsprozesse kaum mehr auszumachen ist.

So nimmt der Computer erst durch seine Vernetzung den Charakter einer allgegenwärtigen Instanz panoptischer Fremdverfü-

gung an. Deren Unsichtbarkeit ist nicht einmal eine zwingende Voraussetzung zur Internalisierung dadurch etablierter Sozialkontrolle, so bereitwillig unterwerfen sich viele Menschen der instrumentellen Vernunft der Maschinenintelligenz, so groß ist ihre Angst davor, auf dem Marktplatz der sozialen Netzwerke unsichtbar zu sein und das wirkliche Leben zu versäumen, wenn sie nicht Always On sind. Wer etwas Berichtenswertes In Real Life (IRL) erlebt hat, gibt dies auf den Kommunikationsplattformen tunlichst an, ansonsten wird selbstverständlich davon ausgegangen, daß es sich um virtuelles Erleben handelt, das in seinem Aufmerksamkeitspotential wiederum ins echte und wahre Leben umschlägt.

Die hochgradige Akzeptanz rechnergestützter Kontrollfunktionen ergibt sich nicht zuletzt aus dem Vergessen wesentlicher Fragen in der "phantasmatischen Konstruktion von Gegenwart", in der eine "systematische Auslöschung des Vergangenen" (S. 118) erfolgt, so Seppmann mit den Worten des von ihm mehrmals zitierten Kunst- und Kulturkritikers Jonathan Crary. An diesem schleichenden, aus sich selbst heraus nicht indizierbaren Verlust beteiligt ist ein Informationsbegriff, der die bloße Registrierung gleichrangig und unverknüpft angebotener Inhalte zur Grundlage einer Welterkenntnis erhebt, die in den diskursiven Kreisbewegungen der Nachrichtenproduktion und den Echokammern selbstreferentieller Communities vererbt. "Information oder Wissen?" (S. 70), "Mensch oder Maschine?" (S. 77) - unter Kapitelüberschriften wie diesen legt Sepp-

mann die fundamentalen Täuschungen einer Technikgläubigkeit offen, deren affirmative Bereitschaft zur Selbstunterwerfung mit der unvollständigen Kritik eines Humanums korrespondiert, dessen Menschwerdung, teleologisch gesprochen, noch bevorsteht, weil man sich nicht einmal auf den Kommunismus als erstrebenswerte Gesellschaftsform einigen konnte.

Es bleibt mithin bei einem Kapitalismus, dem die Entfesselung der Produktivkräfte dem Goetheschen Zauberlehrling gleich außer Rand und Band geraten sind, so daß sie sich, wie Seppmann dem Buch mit einem Zitat von Karl Marx voranschickt, in "Destruktionskräfte" verwandelt haben. Der Autor ist tief genug von den Klassenkämpfen der Arbeiterbewegung geprägt, daß er sich nicht zu einer radikalökologischen Position der Wachstumskritik versteigt, sondern die zivilisatorische Bemächtigung der Naturkräfte als menschliche Errungenschaft hochhält. Das hält ihn nicht davon ab, den Versuch der "Entkopplung des kapitalistischen Wachstums vom Ressourcenverbrauch" als "Illusion" und einen "grünen Kapitalismus" mithin als "durchschaubare Propagandaformel" (S. 154) zu verwerfen, was die Option einer ökosozialistisch organisierten Gesellschaft übrigließe, die der Autor allerdings nicht explizit aufruft.

Die Digitalisierung der kapitalistischen Arbeitsgesellschaft, so viel kann dem Buch allenthalben entnommen werden, beendet die Ausbeutung der lebendigen Arbeit nicht, sondern perfektioniert sie etwa durch einen informati- onstechnisch aufgerüsteten Tay-

lorismus. Der Ausweg in die immaterielle Produktion scheitert an der Verkenning ihrer materiellen Voraussetzungen, die "Industrialisierung der Kopfarbeit" (S. 217) dokumentiert die Ausbeutungsverdichtung in den Jobmaschinen und an den Heimarbeitsplätzen der informellen Arbeitsmärkte und deregulierten Beschäftigungsverhältnisse. Da sich die Rationalisierung der Arbeit durch Roboter erst rechnet, wenn sie billiger als menschliche Arbeit zu realisieren ist, könnten die Verfechter eines ersatzlosen Wegfalls bisheriger Arbeit noch davon überrascht werden, daß die Etablierung eines noch tieferen Niveaus an Niedriglöhnen bis hin zur regelrechten Sklavenarbeit diesen Prozeß zumindest herauszögert. Die weltweite Existenz von Arbeitslöhnen unterhalb des Reproduktionsniveaus belegt die nach unten offene Skala als "Resilienz" positiv verklärter Formen gesellschaftlich verlangter Opferbereitschaft und individueller Leidenstoleranz. Seppmann jedenfalls unterschreibt die Prognose eines baldigen Endes der konventionellen Arbeitsgesellschaft durch die ersatzlose Weg-rationalisierung der meisten Arbeitsplätze nicht, kann aber auch nicht ausschließen, daß eine langfristige Tendenz eben diesem Entwicklungspfad folgt.

Selber organisieren und bestimmen ... Sozialismus von unten

Um dem vorzugreifen, bedürfe es einer "neuen Offensive für eine radikale Arbeitszeitverkürzung" (S. 245). Mit dem sozialpartnerschaftlichen Primat der Gewerkschaften seien die drängenden Aufgaben jedenfalls nicht zu be-

wältigen. "Es muss thematisiert werden, daß der Kapitalismus nicht zukunftsfähig ist, seine Aufrechterhaltung mit Tendenzen eines weiteren sozialen Verfalls, zivilisatorischer Regressionen und der Ausdehnung von Zonen der Bedürftigkeit verbunden sein wird. Ohne einschneidende Veränderungen, von denen die Arbeitszeitverkürzung nur eine Facette ist, wird seiner antizivilisatorischen Dynamik nicht Einhalt geboten werden können". (S. 245)

Eine Absage erteilt Seppmann den "elektronisch determinierten Lenkungsmodellen" eines sogenannten Computer-Sozialismus unter anderem mit dem Argument, daß der wesentliche Grund realsozialistischen Scheiterns in der "mangelhaften Partizipation der Menschen an den gesellschaftlichen Lenkungsinstanzen und ökonomischen Leitungsprozessen" (S. 340 f.) begründet lag. Ein Modell direkter Demokratie, das sich nicht auf technische Vermittlungsstrukturen beschränke, sondern "Sprechen aus persönlichem Erleben und motiviert durch die eigenen Intentionen" möglich mache, funktioniere nur "im Modus des Agierens und nicht des bloßen Reagierens" (S. 341). Formen der "Mit- und Selbstbestimmung der unmittelbaren Produzenten" seien zwingende Voraussetzungen des gesellschaftlichen Produktions- und Reproduktionsprozesses, in dem die "Diskussion und Abstimmungen über die elementaren Grundlagen des Zusammenlebens" als "permanenter Prozess organisiert werden" müsse. Der Sozialismus werde als "technologisch 'überformter' ein weiteres mal nicht funktionieren" (S. 341), notwendig sei vielmehr eine "Organisation von Artikulations- und

Entscheidungsprozessen der unmittelbaren Lebenszusammenhänge" (S. 342).

Vier "Kern- und Organisationsfragen solidarischer Vergesellschaftung" (S. 342) stehen am Schluß des finalen Kapitels "Computer-Kommunismus?". Werner Seppmann setzt sie den informationstechnisch beschleunigten und hochgerüsteten Formen staatlicher wie ökonomischer Verfügungsgewalt, die er zuvor gründlich und aus verschiedenen Blickwinkeln heraus seziiert hat, entgegen. Hier könnten Brücken ins Lager der autonom und anarchistisch organisierten Linken geschlagen werden. Zeit dafür wäre es, denn der Marsch in die Barbarei ist längst im Gange und gibt mit immer lauter dröhnendem Stiefeltritt den Takt nationaler und sozialchauvinistischer Mobilisierung vor. Um was sonst als die Befreiung von den Suggestionen imperativer Anpassungs- und Unterwerfungsnormen und deren Streit-

bare Widerlegung durch eine andere Gesellschaft und Wirklichkeit sollte es auch gehen?

Anmerkungen:

[1] INTERVIEW/085: 21. Linke Literaturmesse - IT und die einstürzenden Versprechen ... Werner Seppmann im Gespräch (SB)

<http://www.schattenblick.de/infopool/d-brille/report/dbri0085.html>

[2] KULTUR/1009: Zehn Jahre Smartphone - Auf den Weiden Digitaliens ... (SB)

<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/kommen/sele1009.html>

Werner Seppmann

Kritik des Computers

Der Kapitalismus und die Digitalisierung des Sozialen

Mangroven Verlag, Kassel 2017

348 Seiten, 16,80 Euro

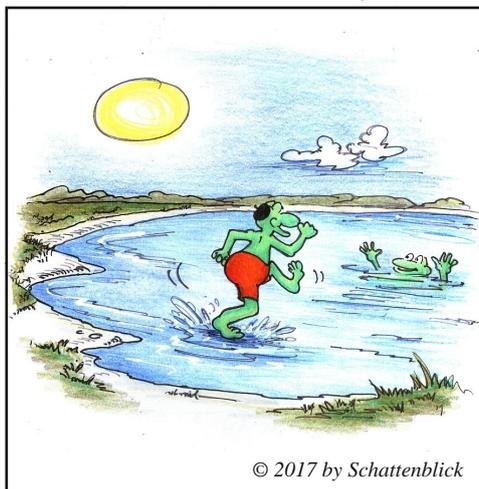
ISBN 978-3-94694-602-1

<http://www.schattenblick.de/infopool/buch/sachbuch/busar679.html>

DIENSTE / WETTER / AUSSICHTEN

Und morgen, den 8. August 2017

+++ Vorhersage für den 08.08.2017 bis zum 09.08.2017 +++



© 2017 by Schattenblick

Eine Sommerwetterlage bis zum Nachmittage spät, für Jean-Luc steht außer Frage, daß er heut' nur schwimmen geht.